Nummer 240 — Halle, Sonntag, den 12. Oktober 1924 — 59. Jahrgang. — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Entgegen allen anderen Meldungen sei festgestellt, daß alle Veranstaltungen des Stahlhelm-Sporttages, die unter freiem Himmel stattfinden sollten, verboten sind. Die übrigen Veranstaltungen finden statt. Näheres Anzeigenteil.

*

Das Luftschiff Z. R. III ist Sonnabend früh nicht aufgestiegen, weil es zwei Tonnen zu schwer belastet war und der Feuchtigkeitsgehalt der Luft zu groß war. Ob die Fahrt morgen angetreten werden wird, steht noch nicht fest.

*

Auf Veranlassung der Hagener Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft soll am 15. Oktober in der Hagener Stadthalle ein Vortrag des französischen Generals Parraux stattfinden.

Es wird immer schöner!

*

Der „Fränkische Kurier" veröffentlicht eine vom Nationalverband deutscher Offiziere, Ortsgruppe Nürnberg, erlassene Kundgebung, die einen **Zusammenschluß aller nationalen Vereine und Verbände unter Ausschluß jeder Parteipolitik** anstrebt. Als Ziel des Zusammengehens wird bezeichnet: Bekämpfung des Versailler Vertrages, Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, Ueberbrückung der Klassengegensätze, Wiedereinführung der alten Reichsfarben und damit Kampf gegen Schwarz-Rot-Gold.

*

Unter überaus zahlreicher Beteiligung begann am Freitag in Leipzig die Tagung des Verbandes deutscher Mutterhäuser vom Roten Kreuz.

*

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll Reichspräsesdent Dr. Spiecker als deutscher Botschafter am Vatikan in Aussicht genommen sein.

*

Die englische Antwort auf das deutsche Völkerbundsmemorandum ist gestern abend bei der Reichsregierung eingetroffen. Sie spricht sich gegen irgendwelche deutschen Vorbehalte und Bedingungen aus.

*

Deutschland wird an Rumänien als Reparationsleistungen für September und Oktober für 1.2 Millionen Goldmark Eisenbahnmaterial liefern.

*

Die größte Textilfabrik Polens, die der Firma Gebrüder Deutsch gehörende Weberei und Spinnerei in Bielitz, ist durch ein Großfeuer vernichtet worden.

*

Polen hat Aussicht, von Amerika eine Anleihe von 10 Millionen Dollar zu bekommen.

*

In Böhmen kam es zu blutigen Arbeiterunruhen. Der Ausstand in der Porzellanindustrie greift immer weiter um sich.

*

Der serbische Kriegsminister wurde von der Militärorganisation „Weiße Hand" gezwungen, zurückzutreten. Hohe Militärs fordern die Rückkehr des alten Regimes oder die Einführung einer Militärdiktatur.

*

In Ungarn steht eine Regierungskrisis bevor. Eine wichtige Rolle spielen dabei die ungarisch-russischen Annäherungsverhandlungen.

*

Der Arbeitsausschuß des Völkerbundes wählte bei Eröffnung seiner 24. Sitzung den französischen Delegierten Fontaine einstimmig zum Präsidenten. — Damit soll wohl nun die Unparteilichkeit und Neutralität des Völkerbundesausschusses gesichert sein?

*

Der französische Kriegsminicher Nollet erklärte gestern auf einem Bankett: „Wer in den heutigen Zeiten lediglich auf seine glorreiche Vergangenheit baut und nicht unablässig seine Methoden, sein Material und seine Möglichkeiten verbessert, kommt ins Hintertreffen.

Ja ja, französischer Pazifismus!

*

In Frankreich stehen ernste Schwierigkeiten mit den Beamten bevor. Ihre Gehaltsforderungen drohen durch eine Mehrbelastung mit 2,5 Milliarden Franks den ganzen Staatshaushalt über den Haufen zu werfen.

*

Die neue griechische Regierung unter Michalakopalos erklärt in ihrem Regierungsprogramm, sie werde die Militärdienstzeit auf ein Mindestmaß herabsetzen und das Budget mit aller Kraft ins Gleichgewicht zu bringen suchen. — Man sieht überall dieselben Sorgen bei Groß wie Klein.

*

Nach den letzten Meldungen vom spanischen Kriegsschauplatz ist die spanisch-marokkanische Offensive augenblicklich zum Stillstand gekommen. Von amtlicher spanischer Seite wird das Gerücht über die Gefangennahme einiger hundert Spanier in dem Hinterland von Larache als unwahr bezeichnet.

Es wird weiter verhandelt.

Es ist wirklich etwas Glorreiches um unsern Parlamentarismus. Seit dem 30. August steht als dringendste Angelegenheit, von der die ganze Weiterführung der doch wahrhaftig dringlichen und bitterernsten Geschicke des deutschen Volkes abhängt, die Umbildung der Regierung auf dem Programm. Aber die Herrschaften im Parlament, die erst so furchtbare Eile hatten mit der Durchbringung des Dawesabkommens, haben jetzt furchtbar viel Zeit. Statt sich unmittelbar nach dem 30. 8. zusammenzusetzen und schlüssig zu werden, kommt man erst fast sechs Wochen später in den Parteien, Reichstagsfraktionen und mit der Regierung zusammen — und wird sich nicht einig.

Man stelle sich nur einmal vor, Geschäftsleute ständen vor derart wichtigen Entscheidungen in ihrem Privatunternehmen und ließen sich ebensoviel Zeit! Aber hier handelt es sich ja — nur — um das Gesamtinteresse des Volkes. Da kann man sich die Zeitvergeudung leisten.

Nun ist man also glücklich in Berlin genau so klug wie vor sechs Wochen.

Die Sozialisten lehnen die Erweiterung der Regierung gleichzeitig nach rechts und links ab. Die Demokraten erklären sich gegen eine Erweiterung nach rechts allein, gegen den sogenannten „Bürgerblock" (als ob die Sozialisten und Kommunisten nicht auch Bürger unseres Staates wären!). Das Zentrum weiß bis heute nicht, ob es den „Bürgerblock" mitmachen soll oder nicht.

Die Deutschnationalen haben dem Reichskanzler erneut erklärt, daß sie seine Richtlinien als geeignete Verhandlungsgrundlage ansehen — was festgehalten werden muß, weil von der Linken immer wieder behauptet wird, die Halsstarrigkeit der Deutschnationalen mache jede Gemeinschaft mit ihnen unmöglich. Die Linke schreit „Haltet den Dieb!", aber sie selbst ist es, die dem deutschen Volk die Möglichkeit einer wirklich großen parlamentarischen Mehrheit, einer starken Regierung gestohlen hat.

Nun wird also weiterverhandelt. Aber wenn Demokraten und Zentrum den „Bürgerblock" ablehnen, ist nicht recht zu sehen, was werden soll. Eine Rechtsregierung ohne die zwei Mittelparteien? Die bisherige Regierung mit der schärfsten Opposition der Deutschnationalen (die durch den Bruch der ihnen gemachten Zusagen der Aufnahme in die Regierung wirklich nicht gerade mehr Vertrauen in die Regierung bekommen können)? Eine reine Linksregierung mit noch schärferer Opposition? Drei Möglichkeiten, von denen keine wirklich möglich ist, wenn eine zielbewußte, dem Ernst der Lage angepaßte deutsche Politik getrieben werden soll.

Vorläufig sind die weiteren Verhandlungen auf Dienstag verschoben.

Ob sich bis dahin die Herren Parlamentarier endlich klar geworden sind, daß sie die Pflicht haben und lediglich dazu da sind, eine dem Interesse und dem Willen des Volkes entsprechende Regierung zu bilden? Oder muß es erst zur Reichstagsauflösung kommen und muß das Volk erst auf den Tisch hauen, damit der unverantwortliche Schlendrian endlich aufhört? Dann wird das Volk den Sozialdemokraten und Demokraten es bei der Wahl hoffentlich ankreiden, daß sie die Einheitsfront des deutschen Volkes und damit den inneren Frieden und die Gesundung verhindert haben.

Japan — China — Rußland.

Von unserem Londoner ♂ Korrespondenten.

London, 9. Oktober.

Aus Mukden und Schanghai kommen Nachrichten über größere Erfolge der Heeresabteilungen des nominellen Gouverneurs der drei mandschurischen Provinzen, Tschang tso lin.

Seit langer Zeit wurden Schanghai-Mitteilungen hier stets mit allergrößter Vorsicht aufgenommen. Neuerdings werden die Nachrichtenquellen in Schanghai auch ganz offensichtlich von Mukden beeinflußt. **Tschang hat seit langen Jahren einen vorzüglichen Nachrichtendienst, aber ebenso einen Propaganda-Dienst, den sich mancher zum Muster nehmen könnte.**

Daß in dem unübersichtlichen Gelände das Abfangen von vorgeschobenen Truppen des Marschall Wupeifu geglückt ist, erscheint wohl möglich, aber für eine Hauptaktion hat Tschang keine hinreichende Armierung mit moderner schwerer Artillerie. Wupeifu seinerseits ist wohl sicher auch noch nicht angriffsbereit. Also ist Tschang tso lin auf die nächste absehbare Zeit hinaus nach wie vor Herr seiner drei Provinzen.

Hiervon ging

ein japanischer Freund von mir

aus, als wir die Lage und die offiziellen Auslassungen von Schidebara und dem japanischen Gesandten in Peking Yoschisawa besprachen.

„Die Sowjet-Blätter und andere haben Recht und Unrecht, wenn sie behaupten, Tschang würde von uns gestützt", sagte er. „Völlig Unrecht, vom militärischen Standpunkt aus und ebenso, was internationale Politik betrifft. Aber man muß doch einsehen, daß wir bei unseren großen Interessen dort, unseren zahlreichen Industriewerken und landwirtschaftlichen Kolonisten auf ein gutes Einvernehmen mit dem Herrn des Landes angewiesen sind. Wenn der Marschall Wupeifu bis in die Mandschurei vordringen sollte, so will er zwar unsere industriellen wie landwirtschaftlichen Unternehmungen, wie unsere Staatsangehörigen schützen. Aber eine Okkupation muß stets Verluste mit sich bringen und wird auf eine Neuregelung unserer Beziehungen mit China ankommen.

Da ist noch ein anderer Punkt, den der Minister des Auswärtigen nur angedeutet hat, als er sagte, eine Nicht-Intervention bedeute nicht, daß die japanischen Interessen in der Mandschurei und Mongolei vernachlässigt werden dürften. Es handelt sich ja augenblicklich gar nicht um die Mongolei. Aber die Ost-Mongolei stößt an die Mandschurei. Es ist also wohl denkbar, daß Ereignisse in der Westmandschurei die in der Ost-Mongolei direkt oder auch nur indirekt berühren könnten. Auch dort haben wir schon industrielle und landwirtschaftliche wie vor allem auch Handelsinteressen, und unsere Staatsangehörigen sind durch einen Vertrag mit China geschützt. Aber wir müssen auch in dieser Beziehung sorgsam den Lauf der Dinge beobachten.

Was nun Rußland betrifft, so sucht es überall Beziehungen zu stören. Es hat ja mit der Uebernahme der Ostbahn von Chang tso lin schon ein großes Ziel erreicht. Am 5. Oktober wurde die Trifolore auf dem Verwaltungsgebäude durch die Sowjet-Flagge ersetzt. Aber China hat mit der Eisenbahn-Konvention vom 20. September nichts zu tun gehabt. Es könnte also den Sowjets nichts Unangenehmeres passieren, als daß Marschall Wupeifu nach Mukden kommt. Darum versuchen sie, uns zu einer militärischen Unterstützung von Tschang zu bringen. Es ist interessant, daß man in Moskau an ein Unterliegen von Tschang glaubt, wenn er ohne Hilfe sich mit Wupeifu messen muß".

Es mag sein, daß der japanische Freund unseres Berichterstatters ehrlich seine Meinung gesagt hat. Aber diese Japaner haben ein derart disziplinriertes Nationalgefühl, und jeder von ihnen, wo immer man sie in der Welt antrifft, arbeitet, und spricht, ja denkt so durchaus in nationalem Interesse, daß es ebensogut möglich ist, daß er mit solchen Aeußerungen über die völlige Harmlosigkeit seines Vaterlandes seinen Zuhörer bewußt irreführen will. Enträtsele jemand das ewige Lächeln Buddhas oder eines Japaners!

Tokio, 10. Oktober. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten erklärte öffentlich, daß Japan sein Versprechen, sich nicht in die Angelegenheiten in China einzumischen, zurücknehme.

Wahlkampf in England.

Die Morgenblätter stehen unter dem Zeichen des Wahlkampfes. Nach Auffassung der Liberalen und Konservativen hat Macdonald den Wahlkampf herbeigeführt, um einer nebensächlichen Untersuchung zu entgehen. Das Umgekehrte behauptet die sozialistische Presse.

Die englische Presse gibt Stimmen des Auslandes zu der politischen Krise wieder und hebt besonders die Bemerkungen der deutschen Presse hervor. Es wird die Aeußerung der „Germania" hervorgehoben, daß die Leistungen der Arbeiterregierung in England als lobenswert bezeichnet werden. Ferner wurde die Bemerkung der „Kreuzzeitung" angeführt, daß Deutschland von einer Regierung Macdonalds nichts zu hoffen gehabt hätte und daß dies auch durch die Amtsführung seines Kabinetts bestätigt worden wäre.

Für das Ergebnis der künftigen Wahl ist von größter Bedeutung, daß die „Daily-Mail", die für sich allein mehr Leser als die fünf größten englischen Zeitungen zusammen hat, die konservative Partei bei diesen Wahlen mit allen Mitteln unterstützt, und daß sie von sämtlichen Morgenblättern am energischsten Parteipropaganda treibt. Dagegen gewähren die liberalen Blätter den Eindruck einer gewissen Fassungslosigkeit und Ueberraschung. „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, zeigt keinerlei Schwungkraft und Energie.

Die Entmündigung der Landwirtschaft.

Rund 40 Prozent unserer Gesamtbevölkerung gehören der Landwirtschaft an. Mindestens weitere 30 Prozent sind mit ihr wirtschaftlich so eng verbunden, daß das Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft auch für sie Blühen und Gedeihen, landwirtschaftliche Not dagegen eigene Not ist. Und die Geschäftsstille, die selbst in den Großstädten eintrat, als bis vor kurzem die Landleute nicht in der Lage waren, ihren Bedarf auch nur an den notwendigsten Industriewaren (Kleidung usw.) zu decken, müßte den Geschäftsleuten und Industriellen die Augen geöffnet haben, daß noch mehr als jene 40 und 30 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung unmittelbar am Gedeihen der Landwirtschaft interessiert sind, wie ja auch die jetzige Geschäftsbelebung im wesentlichen der vorübergehend etwas gebesserten Geldflüssigkeit der Landwirtschaft zu danken ist.

Wie prägt sich diese Tatsache in der politischen Vertretung dieser mindestens 70 Prozent der Bevölkerun aus?

Zunächst haben wir überhaupt keine reine Agrarparteien oder Agrarpartei. Die Deutschnationalen gelten den Gegnern dieser Partei als Agrarpartei. Das traf nicht einmal auf die frühere Konservative Partei zu, und gilt keineswegs für die heutige Deutschnationale Partei, die eine wirkliche Deutschnationale Volkspartei, d. h. aus allen Bevölkerungskreisen zusammengesetzt ist (wie auch der Fernstehende ohne weiteres aus der Berufsangehörigkeit ihrer Reichstagsabgeordneten ersehen kann). Noch weniger ist die Deutsche Volkspartei eine rein agrarische Partei. **Dabei sind diese zwei Parteien, die einzigen, wo die Interessen jener 70 Prozent unseres Volkes überhaupt ernstlich zu Wort und Wirksamkeit kommen. Zusammen 150 Abgeordnete, also rund 30 Prozent des Reichstages, und auch diese 30 Prozent keineswegs rein agrarisch eingestellt: das ist die politische Vertretung jener 70 Prozent unseres Volkes: wohl das stärkste Mißverhältnis zwischen dem angeblich unsern Staat beherrschenden demokratischen Mehrheitsprinzip und der politischen Wirklichkeit.**

Aber vertreten nicht auch das Zentrum und **die demokratische Partei** die Interessen jener 70 Prozent des Volkes?

Richtig ist, daß die Demokraten noch immer durch den Bauernbund eine beachtliche Zahl ländlicher Stimmen erhalten, und daß beim Zentrum die Zahl der ländlichen Wähler sehr stark, vielleicht sogar stärker als bei den Deutschnationalen ist.

Aber da kommt das zweite große Mißverhältnis: das Zentrum weiß sich zwar dank der vorzüglichen Kirchenorganisation die Wahlstimmen des katholischen Landvolkes zu sichern, aber es denkt gar nicht daran, die Interessen dieser seiner Wähler zu vertreten, sondern treibt — von schönen Worten und gelegentlichen Zugeständnissen an das Landvolk abgesehen — eine rein **großstädtische Politik**: unter Erzberger und Wirth eine ausgesprochene Politik des „Industrieproletariats" (wie Karl Marx diesen Teil unserer Volksgenossen mit ihrer Zustimmung schimpflich benannt hat), unter dem jetzigen Reichskanzler Marx eine mehr kapitalistische Großstadtpolitik.

Mit der **demokratischen Politik** geht es ganz ähnlich: der linke Flügel ist mehr proletarisch, der rechte mehr kapitalistisch aber beide Flügel sind in Praxis durchaus großstädtisch und unagrarisch.

Endlich die **Sozialisten und Kommunisten**. Sie bezeichnen sich selbst als die Parteien des Proletariats (wenn auch unser Proletariat längst in das furchtbare russische Elend herabgesunken wäre, hätten die nicht proletarischen Parteien es nicht bewußt und unbewußt davor bewahrt). Also diese zwei verbleibenden großen Parteien wollen Proletarierparteien sein. Aber Proletarier gibt es überhaupt nur in den Städten und städtischen Betrieben. Ihre Politik ist daher ganz rein **städtische, nicht agrarische, ja agrarfeindliche Politik**. Wohl haben auch sie auf dem Lande unter den Arbeitern und Unzufriedenen noch eine nicht unbeträchtliche Anhängerschaft. Aber sie wird rücksichtslos den Interessen der sozialistischen und kommunistischen Großstadtpolitik aufgeopfert — wie ja jetzt wieder die Stellungnahme der beiden Parteien zu allen Fragen zeigt, die mit der Notlage der Landwirtschaft zusammenhängen.

So ergibt sich also, daß die Interessen jener 70 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung, die direkt oder indirekt unlösbar mit den Interessen der deutschen Landwirtschaft verknüpft sind, nur mit 30 Prozent an der Politik beteiligt sind, und nicht einmal in reinen Agrarparteien; dagegen jener sicherlich keine 30 Prozent ausmachende Rest, der von reiner Stadtwirtschaft, oder was dasselbe ist, vom Warenabsatz ans Ausland lebt, ist an der Politik zu 70 % beteiligt. Es ist also genau umgekehrt, als es nach unserem demokratischen Mehrheitsprinzip sein müßte.

Das ist nur möglich, dank des von Großstädtern geschickt aufgezogenen Parteisystems.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241012010/fragment/page=0001

und dazu der fast ausschließlich in Mittischen Händen oder doch städtischer Beeinflussung stehenden Presse, dieses im demokratischen Staat wirksamsten aller Wahlagenten.

Das Landvolk und die wirklich freie, nur dem Gesamtinteresse des Volkes dienende Presse mußten ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, dieses Mißverhältnis zu beseitigen.

Allerdings nicht durch Herausstehrung einer rein agrarischen Politik. Sondern durch immer erneuten Hinweis darauf, daß auch die städtischen Interessen, die des Handels, der Industrie, der freien Berufe und allen Angehörigen dieser Berufe, ob Arbeiter, Angestellte oder Unternehmer, viel enger mit unserer Landwirtschaft verknüpft sind, als es in Politik und Presse zum Ausdruck kommt.

Dann würden auch ganz von selbst in der Reichstagszusammensetzung das Mißverhältnis der 30- statt 70-prozentigen Vertretung und die proletarisch-katholisch-demokratische Minderheitsherrschaft verschwinden

Andererseits ist die Tatsache, daß die beiden Rechtsparteien nicht rein agrarisch einseitig sind, eine Gewähr dafür, daß die 70 Prozent den Spieß nicht einfach umkehren und nun ihrerseits die rein städtische Bevölkerung ganz einseitig beherrschen.

Erst wenn das erreicht, wenn das größte und tiefste Mißverhältnis in unserer Innenpolitik beseitigt ist, werden wir auch eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende und darum glückliche Politik treiben können, als die bisherige, die das Gesamtvolk in immer größere Not gebracht hat, weil sie sich darauf versteift, daß 30 Prozent mehr seien als 70 Prozent, und weil sie die eigentlichen Volksinteressen, die 70 Proz., zu wenig beachtet.

Elze.

Das neue Programm der Kommunisten.

Von den Kommunisten wird jetzt mit aller Kraft für die nachstehenden, sogenannten

„Gothaer Forderungen"

Stimmung gemacht:

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau. Zugleich Kampf für eine sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes. Darüber hinaus Kampf um den Friedensreallohn, gleiche Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen.
2. Kampf gegen jede neue Arbeitszeitverlängerung. Nach acht Stunden verläßt den Betrieb. Zugleich Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages, wo er trotz aller Washingtoner Abkommen usw. von Unternehmerschaft und Regierung beseitigt wird.
3. Kampf gegen jede neue Entlassung von Arbeitern und Angestellten, wie gegen jeden neuen Abbau von Beamten. Darüber hinaus Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Wiedereinstellung der abgebauten Beamten. Abschaffung jeder Zwangsarbeit der Erwerbslosen, Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum.
4. Erbitterter Kampf gegen jede neue steuerliche Belastung der Arbeiterschaft. Zugleich Kampf für die Aufhebung der augenblicklich bestehenden steuerlichen Belastung der Arbeiterschaft. Weg mit dem zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn! Weg mit der Mietsteuer! Befreiung der Konsumgenossenschaften von jeder steuerlichen Belastung!
5. Befreiung der schaffenden Landwirte (Kleinbauern) von jeder Pacht. Jedem Kleinbauern soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften kann. Völliger Steuererlaß für die Kleinbauern. Gewährung billiger Futter- und Düngemittel, billigen Saatguts und langfristiger, zinsloser Kredite, unter Kontrolle der Kleinbauern selbst. Befreiung der kleinbäuerlichen Genossenschaften von jeder Besteuerung.
6. Sicherstellung der Ernährung der Industriebevölkerung durch Beschlagnahme der Ernte bei den Großagrariern, insbesondere des Brotgetreides und der Kartoffeln, mit Hilfe der Landarbeiter- und Kleinbauernvertreter, durch die Konsumvereine mit Unterstützung der Gewerkschaften.
7. Kampf gegen jeden Versuch, das deutsche Proletariat in einen imperialistischen Krieg zu stürzen. Insbesondere Hände weg von Sowjet-Rußland.
8. Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen! Kampf dem Terror der Weißen Justiz! Weg mit dem Staatsgerichtshof!
9. Kampf für die Aufhebung des Ausnahmezustandes!
10. Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zum Kampfe für diese Forderungen im nationalen wie internationalen Maßstabe.

*

Wir bringen diese Forderungen zur allgemeinen Orientierung unserer Leser und beschränken uns heute auf zwei Hinweise:

Punkt 1 wird eine 40prozentige Lohnerhöhung gefordert. Gut. Wir gönnen jedem eine solche Einkommenserhöhung. Aber wo soll das Geld herkommen ohne neue Inflation? Und wo sollen wir dann die Baumwolle und Wolle zu unserer Kleidung, Fett und Schmalz und sonstige nur vom Auslande erhältlichen Waren herbekommen? Denn die 40prozentige Lohnerhöhung verteuert unsre Ausfuhrwaren so, daß an einen Export nicht zu denken ist und also auch nicht an Eingang von Devisen, für die wir im Ausland kaufen können, was wir im Inland nicht erzeugen. Die Gothaer Forderung Nr. 1 bedeutet also kurz und bündig: Hunger und nichts anzuziehen.

Interessant ist ferner besonders Forderung 5. Wie in dem kommunistischen Sozialisierungsgesetzentwurf, über den wir kürzlich ausführlich berichteten, wird auch hier wieder auf den ländlichen Kleinbesitz spekuliert. Als ob der Kleinlandwirt irgend etwas mit Kommunismus zu tun hätte und nicht der treueste Anhänger des Privateigentums wäre, der froh ist, seine eigne Scholle zu haben, und sich lieber totschlagen läßt, als zu „teilen". Und früher oder später käme das „Teilen" und Enteignen ja doch, denn Kommunismus bedeutet ja seinem ganzen Wesen und schon dem Wort nach Gesamteigentum, also Eigentumslosigkeit des einzelnen. Auch wird sich gerade der Kleinbesitzer herzlichst dafür bedanken, wenn die Kommunisten ihm seine mühsam erarbeitete Ernte requirieren, um sie nach russischem Muster zu exportieren, damit der Kommunismus Geld hat zur Weltrevolutionspropaganda.

Denn so kommt es natürlich, genau wie in Rußland, wo es ja keine Großbesitzer mehr, sondern nur noch Kleinbesitzer gibt, die infolgedessen die einzigen sind, die die Lasten tragen können und alle Lasten tragen müssen. Daß sie dabei zu Millionen verhungern, was geht das die in Moskau weit vom Schuß sitzenden roten Blutkerzöge an?

Preußischer Landtag.

Im preußischen Landtag wurde Freitag der von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingebrachte Urantrag behandelt auf Annahme eines Gesetzes zur Aenderung der Personalabbauverordnung dahin, daß zum Abbau eines Wahlbeamten die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erforderlich sein soll. Abg. Lüdicke (Dn.) erklärt: Die Unterstellung, daß mit der Abbauverordnung politischer Mißbrauch getrieben würde, ist nur eine Ausrede. Abg. Baumhoff (Z.): Es hat sich leider als notwendig herausgestellt, Schutzbestimmungen gegen den Abbau von Wahlbeamten aus politischen Motiven in die Personalabbauverordnung aufzunehmen. Abg. Meyer-Herford (DVP.): Zur Verhinderung des politischen Mißbrauchs sind genügende Grundlagen vorhanden; die Abbauverordnung ist kein Disziplinargesetz, sondern sie soll Ersparnisse herbeiführen. Der Antrag wird ja wohl einem Ausschuß überwiesen werden; dort mag man seine rechtliche und politische Tragweite gründlich prüfen. Rückwirkende Kraft muß auf jeden Fall ausgeschlossen sein. Der Antrag wird darauf dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Die zweite Lesung des Forstetats wird darauf fortgesetzt. Hierauf vertagt sich das Haus bis zum Mittwoch, 15. Okt., nachm. 1 Uhr. (Weiterberatung des Landwirtschaftsetats und Antrag der Kommunisten auf Amtsentsetzung des Präsidenten Leinert.)

Kulturtagung der Deutschen Volkspartei.

Im großen Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses fand am Freitag die Kulturtagung der Deutschen Volkspartei ihren Anfang. Zur Verhandlung stand das Thema: „Deutsche Kulturnot und Kulturarbeit". Der Andrang zu der Tagung ist außerordentlich stark. Als erstes Thema stand zur Verhandlung: Die religiösen Grundlagen der deutschen Kultur. Der Referent war Reichstagsabgeordneter Kunkel. Der Redner ging von der Bedeutung der beiden Begriffe Kultur und Religion aus und schloß seine bedeutsamen Ausführungen mit dem Satz:

„Die deutsche Kultur der Zukunft wird eine religiöse sein oder sie wird überhaupt nicht sein."

Das Thema: Der deutsche Mittelstand als Kulturträger und Kulturopfer behandelte Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Schuster. Der Mittelstand, so führte er u. a. aus, sieht mit tiefster Bestürzung wie durch die leichtfertige Behandlung der Inflation die Grundlage des Rechtes und damit die Grundlage der Staatsautorität erschüttert wird. Das Kämpfen um die Aufwertung ist vornehmlich auch ein Kampf um das Recht. Es sieht die heutige Kultur, es leidet die öffentliche Kultur, die Volkskultur. Der deutlichste Beweis ist

die Lage unserer Studenten, der künftigen Kulturträger, die als Werkstudenten ihre Gesundheit zum Opfer bringen und doch die alten Leistungen unserer Hochschulen nicht aufrechterhalten können.

Hilfe kann werden durch eine gerechte Finanzpolitik (Aufwertung), durch eine vernünftige Steuergesetzgebung, durch vernünftige Wohnungs- und Schulen-Politik (Differenzierung der Grundschule für die Begabten), vor allem aber durch Selbsthilfe nach dem Muster der Werkstudenten, durch Askese und Arbeit, an denen Lebenskunst, Lebenswille und Glaube sich offenbaren. An die Vorträge schloß sich eine lebhafte Aussprache. Der preußische Kultusminister Dr. Boelitz unterstrich den grundlegenden Wert der Religion. Die Religion muß auch die Grundlage unserer Schule sein. Hinsichtlich des Religionsunterrichtes müssen wir absolute Freiheit haben. Die Lehrer müssen als legitime Mitglieder der Kirche in freiem Entschluß den Religionsunterricht übernehmen.

Der Feind im Lande.

Untragbare französische Besatzungslasten.

Die Besatzungslasten der Stadt Koblenz sind derart angewachsen, daß sie von der Stadt nicht mehr getragen werden können. Gerade Koblenz hat durch die Anwesenheit der Interalliierten Rheinlandkommission und den vielen Unterkommissionen besonders zu leiden. 1338 Familien von Angehörigen der Besatzungsmächte sind in der Stadt untergebracht, so daß die Wohnungsnot besonders groß ist.

Neuerdings wird bekannt, daß noch ein weiteres französisches Regiment hier untergebracht werden soll. Auch die Fallensteiner Kaserne soll von den Franzosen endgültig beschlagnahmt werden. Dadurch wird das Finanzamt, das Katasteramt, das Landesbauamt, das Landeskulturamt, das Telegraphenbauamt und das Eisenbahnfürsorgeamt abdachlos werden. Zur Unterbringung dieser Behörden ist kein anderer Raum verfügbar.

Italienische Gewaltpolitik.

Neues politisches Attentat.

In Piacenza hat sich ein neues politisches Attentat ereignet. Der Kriegsinvalide Lertua, der sich kürzlich vom Faszismus zurückgezogen hatte, wurde von Faszisten im Schlafe überfallen und zu Tode geprügelt. Infolge dieser grausamen Tat kam es in der Stadt zu einem Zusammenstoß zwischen abtrünnigen und offiziellen Faszisten, so daß die Behörden ein starkes Aufgebot von Truppen und Polizei heranziehen mußten. Der vermutliche Haupttäter, ein 18-jähriger Faszist, wurde verhaftet.

Die Schlußfolgerungen, die die italienische Presse an das Ergebnis des Livornoer Kongresses knüpft, sind die: Entweder treten die Rechtsliberalen, die sich in der Hauptsache aus Abgeordneten, Senatoren und Industriellen zusammensetzen, freiwillig aus der Partei aus und unterstützen beide in der Regierung sitzenden liberalen Minister Sarocchi und Casati weiter, oder sie sagen sich von der Regierung los. Sollten die beiden liberalen Minister ihre Demission einreichen, so wird damit eine Ministerkrise hervorgerufen.

Die 800-Millionen-Anleihe.

Der Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen, Dr. Owen Young, ist gestern von London nach Paris gefahren, um einer bedeutsamen Zusammenkunft der Reparationskommission beizuwohnen. Er hat der Kommission den Plan der Dawesanleihe in dem gegenwärtigen Entwurf zur formalen Erledigung vorgelegt. Der Abschluß der Anleiheverhandlungen wird gleichzeitig die nach dem Londoner Protokoll notwendige zweite Feststellung der Reparationskommission bedeuten.

Die Verhandlungen über die Aufbringung der 800-Millionen-Anleihe für Deutschland sind heute abgeschlossen worden. Das Protokoll ist von den Vertretern der beteiligten Staaten unterzeichnet. Ueber die Bedingungen sind bis zur Stunde Einzelheiten offiziell noch nicht zu erfahren.

Ueber die Bedingungen der Anleihe ist immer noch nichts endgültiges bekannt. Aber jedenfalls müssen sie für die Zeichner außergewöhnlich günstig und also für uns sehr ungünstig sein.

Denn nachdem immer wieder Bedenken gegen die Möglichkeit der Unterbringung aus aller Welt gemeldet worden waren, heißt es jetzt aus New York:

Für den amerikanischen Anteil der deutschen Anleihe ist bereits eine Milliarde Dollar gezeichnet worden.

Dabei beträgt der für Amerika vorgesehene Anteil nur den zehnten Teil von einer Milliarde, nämlich 100 oder 110 Millionen Dollar. Angesichts der zehnfachen Ueberzeichnung wird man ja wohl trotz des Republikschutzgesetzes das Recht haben, zu fragen, ob unsere deutschen Unterhändler nicht vielleicht günstigere Bedingungen eingeräumt haben, als es notwendig war.

Diese undurchdringliche Dunkelheit, in der man unser Volk bis zuletzt über die Anleihebedingungen hält, ist politisch recht bedenklich. Denn bei diesen geheimnisvollen Bankierverhandlungen muß jedermann im Volke ein höchst unbehagliches Gefühl haben. Wann endlich werden unsre auf das Vertrauen des Volkes aufgebauten parlamentarischen Regierungen lernen, daß man auch dem Volke Vertrauen schenken muß, wenn man vom Volke Vertrauen erwartet? Bei der bisherigen Handhabung des Parlamentarismus kann man sich nicht wundern, wenn wir von einer Regierungskrisis in die andre taumeln — und obendrein, ohne zu wissen, warum und wozu.

Macdonalds Patriotismus.

Der hiesige kommunistische „Klassenkampf" zitiert folgende Worte aus Macdonalds großer Rede auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß:

„Unser Patriotismus ist etwas, was wir tief im Herzen empfinden, über das wir nicht reden. Unser Patriotismus ist ebenso edel wie der Patriotismus des alten Landadels. Wir haben Verständnis für den alten Landadel und glauben, daß er uns versteht. Der Adel liebt Grund und Boden und Dörfer und die Bewohner der Dörfer und er versucht, in seiner Art den sozialen Frieden zu fördern."

Wenn erst unsre Sozialisten so offen und stolz die Liebe zum Vaterland und Heimatboden bekennen, dann, aber auch erst dann haben sie auch ein moralisches Recht, die Geschicke ihres Volkes mitzuregieren, während sie nur ein bloßes Faustrecht, nur das Recht der Gewalt dazu haben, solange sie die Heimat verleugnen mit dem berüchtigten Revolutionswort „ich habe kein Vaterland, das Deutschland heißt"

Was der „Klassenkampf" zu Macdonalds Bekenntnis zum Vaterland sagt, ersparen wir uns und unsern Lesern. Es gibt schon so genug Erbärmlichkeit in der Welt: wozu sich damit auch noch den lieben Sonntag verderben.

Durchlaucht — Frau Güldenwerth.

Roman von Fred Nelius.

Nachdruckrecht bei Aug. Scherl, G.m.b.H., Berlin.

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Doch der Philosoph, den Propfenzieher schon zur Hand, die Flasche zwischen den Knien — winkte ab. „Halt! ‚Sollte' ist ein schlechtes Wort. Wie die Aber, Wenn und Zwar. Unentschlossenheiten — Halbheiten — allerlei kleine Selbsttäuschungen und Feigheiten bergen sie in ihrem Schoß. Wirklichkeitssinn, Bester — und den dazugehörigen Mut. Das ist's. Prost!"

In Edelsaft gesogener Glanz von Myriaden Sonnenstrahlen. Herzblut im Glutrausch gehigter Traubenleiber. Dieser Chambertin war rot wie die Tiefe der Purpurschnecke... köstlich wie der flüssige Strom aus gelöstem edlen Rubin.

„Ja, das ist ein Wein", sagte Steinkirch — andächtig, als knie er zwischen den sechs Goldflammen des Allerheiligsten im Dom.

Und dann ganz unvermittelt — schnell:

„Ich soll dich also grüßen."

„Von wem?"

Steinkirch fuhr fort, als habe er die Frage nicht gehört. „Ich war gestern dort. Zum zweiten Male. Zum Tee. Wie sich's so gehört in Claque und Lack. Ja, siehst du, Liebster, man hängt nun einmal an der Form."

„Philosoph, um alles in der Welt, bei wem? Etwa bei der Herzogin von Hohenastenberg?"

„Hohenastenberg? Möglich, daß die schöne Frau so hieß. Ich hab' darüber nicht nachgedacht. Was ist ein Name? Was uns Rose heißt, wie es auch hieße, würde lieblich duften. Shakespeare sagt so. Er ist Autorität."

Er zielte die schräggeneigten Sonnenstrahlen gegen das erhobene Glas. Blutrote Lichter lohten unter Schimmer fahlen Goldes. Blumige Traubenhüfte zogen aus dem Glase, als wehe Weihrauch aus Eleusis heiligem Hain.

„... Also zum Tee. Und durfte mit ihr plaudern, Zieten. Ich habe viel erzählt. Von dir."

„Philosoph —"

„Nein", sagte der. „Ich bin nicht plump. Es gibt Dinge, die sind so zart wie Blütenstaub oder der Glanz von Schmetterlingsflügeln. Niemand darf an ihren seinen Schimmer rühren. Nein — aber anderes war von dir zu sagen. Und — hm... vielleicht ging mir das Herz ein wenig durch."

„Alter, lieber Kerl..."

„Hast du so ein echtes, reines Frauenlachen wohl einmal gehört? Leise — licht, wie es aus Herzensgoldgrund tönt? Mütterlichkeit, das Urgefühl der Frau, klingt da hinduch — gütige Nachsicht — kirrender Spott, die Ueberlegenheit über den Gefühlstolpatsch, den Mann. Zieten, ein solches Frauenlachen ist so wunderschön —"

„Und ein solches Frauenlachen hast du dort gehört?"

„Ja, jenes Lachen erst. Dann hielt ich eine feine, wundergarte, schlanke Hand. Und durfte hören: „Lieber Herr Doktor. Ich kenne unseren Freund. Durch und durch. Frauenaugen sehen scharf. Mit tausend Seelentastern des Gefühls. Und Frauenaugen haben einen unbeirrbar feinen Takt. Grüßen Sie, Herr Schulz. Ich besuche ihn am Sonntag mit der Gräfin Alch."

„Ja", sagte er sodann. „Bester, solche Frauen sind das Glück." Hob sein Glas dann mit dem roten Wein. „Zieten, darauf, daß es sich erfüllt."

Er trank. Es wurde still. Jürgen hatte die Hände hinter seinem Kopf gekreuzt. Sann ... träumte. Einem huschenden Fliegenleib folgte er mit seinem Blick. Quer über die Sonnenwand zog der die krausen, irren Runen seines Laufs. Jürgen lauschte — dem geheimnisvollen Rauschen draußen in den Wipfeln... dem tiefseligen Frühlingsatem dieser Stunde... dem Sehnsuchtsliede seines eigenen Herzens.

„Ja, das Glück... Es raunt wohl. Es rauscht wohl. Und huscht davon. Alter Freund, mir fehlt der Glaube... der Mut... Und..."

„Halt!" gebot der Philosoph. „Also immer noch Philister und Pedant. Die Inkonsequenz und Schwäche — das ist euer Fluch. Selbst das lichte Sonnengold der Liebe schmelzt ihr euch zu Blei. Nein..." Er hob sein Glas. „Zieten, den letzten Schluck auf den frohen Mut — den leichten Sinn — die bunten Bänder, die den goldenen Leichtsinn schmücken!"

Die dünnen, rotblutgefärbten Gläser klangen Rand an Rand.

Steinkirch trank. Sog den schwülen Trank mit gierigem Zug. Dann — geschüttelt von der Glut des alten, edlen Weins — stand er auf.

„Wenn man an Trauben- und an Menschenblut doch so ein Bibelwunder wirken könnte! Wie in Kanaan — hundertfachen Saft und hundertfache Kraft. Aber der Glauben fehlt euch, Liebster. Siehst du — das ist's. Häh, Zieten, der Glauben! Schaff' dir den. Dann wirkt sich's. Das Märchenwunder... das Glück. Nach dem Worte des Faust: ‚Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind... Und nun, Adieu!"

Er ging.

— — Zögernd schlich der Tag... im quälenden Schneckengang dann die Nacht. Träge — als habe ihren Fluß das heiße Herzblut aufgesaugt — tropften sie zum Stundenglas der Zeit.

Freitag... Samstag danach. Wochen wurden sie im Krankenzimmer. Die Nächte darin zu Ewigkeiten sinnenschwüler Pein.

Und der Sonntag dann — Sonntag im Mai...

Zwitschernde, flötende, trillernde Jubelchöre draußen in dem Laub. Raunendes Rauschen — zärtliches Duften in den wiegenden Blumenwipfeln — in dem Doldenschaukeln der Sträucher vom baumstillen Park. Drinnen im Krankenzimmer die warmen, vergoldenden Lichtbahnen. Der Schattentritz des Fensters über dem hellen Fußboden. Der schimmernde Stäubchentanz in den Sonnenstrahlen.

Ein Mätentag... Frühlingstag... Voll Hoffen... so voll Glücksnähe... voll des Strahlenglanzes und lichten Wunderglaubens.

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag...
Man weiß nicht, was noch kommen mag..."

Und voll des Raunens und Rauschens im Baum und Strauch... in Herz und Sinn... in Blut und Nerv — voll des Jubelns und Singens — und des Trostes erfüllt:

„Nun muß sich alles, alles wenden..."

Jürgen sann in die goldenen Lichtbahnen. Gestalten zogen vorbei. Hoffnungen.. Wünsche... bange Schatten.

Mit hungrigen Zügen atmete er die warme, sonnengeschwängerte Luft. Vom Garten herauf duftete üppig der Flieder. Sonntagsglocken erwachten. Riesen. Dann heilig Verklingen... tiefe Stille... andächtige Weihe im Herzen...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241012010/fragment/page=0002